

## Noch ein weiter und schwieriger Weg

### Der Bundeskanzler als Gast der SPD-Fraktion

sp - Der Saal der SPD-Bundestagsfraktion war bis auf den letzten Platz gefüllt. Es war auch ein ungewöhnlicher Anlaß. Bundeskanzler und CDU-Vorsitzender Kiesinger, mit einem freundlichen Willkomm empfangen, hatte den ersten Jahrestag der Bildung der Großen Koalition gewählt, um Hochenschaft abzulegen über die Tätigkeit der von ihm geführten Regierung, aber auch, um die großen Aufgaben aufzuzeigen, die noch gelöst werden müssen und die nur durch eine Zusammenarbeit beider großer Partner in der Regierung, der Unionsparteien und den Sozialdemokraten gelöst werden können.

Es war das erste Mal, daß ein Bundesvorsitzender der CDU vor der SPD-Bundestagsfraktion sprach, freimütig und offen sprach, soweit ihm nicht die Verantwortung als Kanzler der Großen Koalition eine gebotene Zurückhaltung auferlegte. Der Bundeskanzler bekam auch kritische Fragen zu hören. Deren Beantwortung führte zu mancher Klärung, wo Unklarheit und Zweifel bestanden.

Kiesinger gestand freimütig, daß er, als er vor einem Jahr von seiner Partei mit der Regierungsbildung beauftragt wurde, nicht wußte, wie diese Regierung ausssehen und von welchen Kräften sie getragen würde. Nur wenige Tage hielt die Ungewisheit an. Es gab keinen anderen Weg als den der Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten, um die Gefahr der außenpolitischen Isolierung der Bundesrepublik zu bannen und um Wirtschaft und Bundesfinanzen wieder in Ordnung zu bringen. Durch das Stabilitätsgesetz und durch die mittelfristige Finanzplanung verfügt nun jede Regierung über die Mittel und Werkzeuge, zu verhindern, daß die wirtschaftliche Lage und die Entwicklung der Bundesfinanzen wieder außer Kontrolle geraten. Ist dies nicht ein bleibender Erfolg der von manchem so viel gelästerten Großen Koalition? Wäre er bei einer anderen Regierungskonstellation denkbar gewesen? Der Bundeskanzler nannte als wichtigste noch von dieser Regierung zu erfüllenden innenpolitischen Aufgaben die Verabschiedung eines für 1958 geltenden Mehrheitswahlrechts, die Verabschiedung der Finanzreform, deren außerordentliche Bedeutung für ein in sich ausgewogenes und gesundes Staatswesen von niemandem bestritten werden kann, die Lösung der Strukturprobleme im Ruhrgebiet und den Beginn einer Reform unseres gesamten Bildungswesens, dessen Rückständigkeit wir obnein teuer genug bezahlen müssen.

Eine weite Wegstrecke liegt noch vor beiden großen und gleichgewichtigen Koalitionspartnern. Sie können sie nur im Geiste guter Zusammenarbeit zurücklegen, was freilich manche Auseinandersetzungen nicht ausschließt. Die Gräben jedoch, die einst zwischen den beiden Parteien bestanden, haben ihre Bedeutung verloren, und das ist wohl ein großer Gewinn für die deutsche Demokratie.

## Verbrechensbekämpfung

Bund und Länder müssen enger zusammenarbeiten

Von Klaus Hübner, MdB

Zum 31. Januar 1968 wird die Bundesregierung ein weiteres Mal über das Bundeskriminalamt berichten. Auf Beschluß des Bundestages, einem Antrag der SPD-Fraktion folgend, wird dabei neben der Verbesserung der personellen, räumlichen und technischen Ausstattung des Amtes den Vorschlägen zur Einführung von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen geantwortet werden, ob gesetzgeberische Maßnahmen getroffen werden müssen, um die Voraussetzungen für eine intensivere Zusammenarbeit zwischen dem Bundeskriminalamt und den zuständigen Landesbehörden zu schaffen; dazu gehört auch die Verstärkung der Koordinierungsbefugnisse des Bundeskriminalamtes.

Alle Bemühungen, der zunehmenden Straftaten, besonders in einigen Schwerpunkten, Herr zu werden, verlangen gebieterisch nach einer gemeinsamen Konzeption, die nicht nur für das Bundeskriminalamt, sondern für die Zusammenarbeit der Kriminalpolizei in Bund und Ländern gilt. Um auf diesem Wege schneller voranzukommen, hat die Fraktion der SPD einen Antrag gestellt, der die Stellungnahme der Bundesregierung um einige Fragen anreichert, die Voraussetzung dafür sind, Leitlinien für ein künftiges Konzept zu finden, aber auch die Arbeit der Kriminalpolizei schon jetzt zu verbessern.

- \* Im einzelnen wird gefragt, ob die Aufstellung und Auswertung der
- \* Kriminalstatistik dadurch verbessert werden kann, daß die Dienst-
- \* stellen der Polizei, die die Daten für die Kriminalstatistik sammeln,
- \* genauer bestimmt werden und die Ausrichtung der Statistik
- \* noch schärfer auf kriminologische Gesichtspunkte eingestellt werden
- \* kann.

Die sogenannten "polizeiliche" Kriminalstatistik ist allein der Ausgangspunkt dafür, die Tendenzen hinsichtlich der begangenen Straftaten besser und genauer zu erkennen und daraus auch Schlüsse für die nähere Zukunft ziehen zu können. (So ist es zum Beispiel interessant zu beobachten, daß sich bei den Diebstählen aus und an Kraftfahrzeugen im Moment eine Vorliebe für die Nebelrückleuchten abzeichnet.) Die polizeiliche Kriminalstatistik unterscheidet sich auch von der sogenannten "Verurteiltenstatistik" für die Praxis dadurch, daß hier auch alle die Fälle erfaßt sind, die zu keiner Verurteilung führten, oder bei denen ein Täter noch nicht ergriffen werden konnte.

Aus einer guten Kriminalstatistik ergibt sich denn auch die Überleitung zu der nächsten Frage, ob

- \* die vorbeugende Verbrechensbekämpfung nach einem einheitlichen Konzept
- \* in den Bundesländern so intensiviert werden kann, daß die Kriminalität vor allem in Schwerpunkten nachhaltig zurückgedrängt wird.

In diesen Zusammenhang gehört auch eine durchgreifende Fahndung und Beobachtung. Gerade die vorbeugende Verbrechensbekämpfung ist in der Bundesrepublik Deutschland am ärgsten vernachlässigt. Für den Kriminologen gilt aber der Grundsatz, daß sich auf potentielle Straftäter weniger die Strafandrohung im Strafgesetz, als vielmehr das Risiko, ergriffen

fen zu werden, auswirkt. So kann allein eine stets zu gewärtigende Fahndung Verbrechenschwerpunkte, die lokal und sachlich begründet sein können, stören und bestentfalls auflösen. Besonders aber dem organisierten Verbrechen kann durch intensive Fahndung das Leben schwer gemacht werden.

Eine große Rolle spielt eine möglichst einheitliche und tiefgründende Ausbildung der Kriminalpolizeibeamten in Bund und Ländern. Darum zielt die nächste Frage darauf hin, ob

- \* die Bundesregierung mit den Ländern eine zentrale Ausbildungseinrichtung für alle Kriminalpolizeibeamten schaffen will,
- \* in Bund und Ländern die Lehr- und Stoffpläne für die Ausbildung der Kriminalpolizeibeamten abgestimmt werden und
- \* schließlich laufende Fortbildungsveranstaltungen zu Spezialthemen für alle Kriminalpolizeibeamten des Bundes und der Länder eingerichtet oder weiter ausgebaut werden.

Dabei hat eine Rolle gespielt, daß zur Zeit keine gemeinsamen Ausbildungsveranstaltungen für die Kriminalpolizeibeamten in leitenden Funktionen für den Bund und alle Länder bestehen. Es wird außerdem an die guten aber nicht voll ausgenutzten Fortbildungsveranstaltungen gedacht, die schon jetzt beim Bundeskriminalamt, insbesondere auf dem Gebiet der Fingerabdrucksammlung und -auswertung bestehen.

Der moderne Kriminalist kennt den Wert eines reibungslos funktionierenden Erkennungsdienstes. Dazu gehört an hervorragender Stelle die Sammlung von Fingerabdrücken. Gegenüber dem jetzt bestehenden Zustand soll daher eine weitere Frage klärend wirken, die von der Bundesregierung wissen will, ob

- \* die Ermittlung von gesuchten Personen dadurch schlagkräftiger,
- \* schneller und zuverlässiger erfolgen kann, daß den Ländern empfohlen wird, die 10-Fingerabdruck-Sammlung in elf Landeskriminalämtern zugunsten einer einzigen Sammlung im Bundeskriminalamt aufzulösen.

Die Ausstattung der kriminaltechnischen Abteilungen in den Landeskriminalämtern und im Bundeskriminalamt sind allgemein anerkannt und ein Besuch im Ausland läßt auch erkennen, daß ein Austausch moderner Forschungsergebnisse stattfindet. Dennoch klagen die Kriminalpolizeibeamten "an der Front" manchmal darüber, daß die Dauer kriminaltechnischer Untersuchungen nicht mit dem schnellen Fortgang eines Ermittlungsverfahrens Schritt hält. Auf diesen Umstand stimmt die letzte Frage ab, ob

- \* die kriminaltechnischen Untersuchungen so ausgebaut und beschleunigt werden können, daß sie mit dem Bedürfnis der Schnelligkeit kriminalpolizeilicher Ermittlungsverfahren Schritt halten.

Diesen zusätzlichen Fragenkatalog kann man natürlich nur im Zusammenhang mit dem zu erwartenden Bericht der Bundesregierung sehen. Es ist deshalb abschließend darauf hinzuweisen, daß die Bundesregierung durch den Beschluß des Bundestages vom 12. Mai 1967 bereits aufgefordert worden ist, anzustreben, daß wegen der starken Zunahme der reisenden und überörtlicher Täter die Kriminalbeamten der Länder bei der Aufklärung einer Straftat im ganzen Bundesgebiet Amtshandlungen vornehmen können und daraus resultierend, auch den weiteren Ausbau der internationalen Zusammenarbeit auf dem kriminalpolizeilichen Gebiet zu fördern. Alle Initiativen werden aber spätestens im Laufe des letzten Jahres zusammengezogen werden müssen, damit ein Konzept zur Verbrechensbekämpfung entsteht, das auf einen Guß ist.

### Durchsichtige Spekulationen

#### Tauziehen um Wahltermine in Nordrhein-Westfalen

sp - Wenig Originelles haben sich CDU und FDP - ansonsten einander nicht wohlgewogen - in Nordrhein-Westfalen einfallen lassen. Sie möchten, daß Bundestagswahlen und Gemeindevahlen in diesem immer noch industriereichsten Land der Bundesrepublik zusammen an einem Tag abgehalten werden. Diese Forderung ziehen sie aus den Wahlterminen. Die Bundestagswahlen sind am 15. oder am 22. September 1969 fällig. An diesen Terminen kann nicht gerüttelt werden. Um den 27. September 1969 herum finden in Nordrhein-Westfalen Gemeindevahlen statt.

Zugegeben: Es mag für manche Bürger eine Belastung und ein Ärgernis sein, innerhalb von wenigen Tagen zweimal zur Wahlurne zu treten. Darauf berufen sich in Nordrhein-Westfalen die CDU und die FDP. Sie wollen dem Bürger diese Belastung ersparen. Aber was ist das für ein Argument? Lassen sich Kommunalwahlen und Wahlen zum Bundestag auf einen gemeinsamen Nenner bringen? Eine Vermischung beider Wahlvorgänge wäre von Übel. Sie ginge auf Kosten der demokratischen Selbstverantwortung, ganz abgesehen davon, daß es für viele Wähler vielleicht schwerfallen würde, den Unterschied zwischen Bundestagswahl und Kommunalwahl wahrzunehmen.

Der CDU und der FDP von Nordrhein-Westfalen geht es aber nicht darum, dem Bürger ein Ärgernis zu ersparen. Dieses Argument ist nur vorgeschoben. Dahinter steckt die Spekulation, daß sich auch bei der nächsten Bundestagswahl das wiederholt, was sich bei den bisherigen Bundestagswahlen ereignete, nämlich ein größerer Stimmenvorsprung der Parteien rechts von der Sozialdemokratie, wogegen bei Landtags- und Gemeindevahlen die Sozialdemokraten im Vergleich zur Bundestagswahl sowohl prozentual als auch stimmenmäßig besser abschnitten. Aber das muß nicht and wird auch nicht immer so sein, denn zum erstenmal treten beide großen Parteien mit gleichen Startchancen an und es werden, wie Herbert Wehner einmal sagte, die politischsten Wahlen seit Bestand der Bundesrepublik sein.

Die CDU und die FDP in Nordrhein-Westfalen mögen ruhig ihre Gedankenspielerereien über Zusammenlegung von Wahlterminen weiter betreiben. Es wird nichts dabei herauskommen.

Im fruchtbaren Dialog

Der Katholizismus und die österreichischen Sozialdemokraten  
Von Dr. Heinz Kormetzki

Eine gute Autostunde von Wien entfernt, in der niederösterreichischen Bischofsstadt St. Pölten, kam es zu einer bemerkenswerten Begegnung zwischen österreichischen Katholiken und Sozialdemokraten. Zu dem ergebnisreichen Gespräch hatte die SPÖ eingeladen. Parteichef Bruno Kreisky war ebenso in die voralpenländische Bezirksstadt gekommen wie von katholischer Seite "Kathpress"-Chefredakteur Richard Barta (Kathpress ist das österreichische Gegenstück zur deutschen Katholischen Nachrichten-Agentur) und der Jesuit Walter Kiener, die neben mehreren Sozialdemokraten und Führungskatholiken referierten

Das Gespräch, in Österreich kein Novum, diente dem freimütigen Meinungsaustausch. Man trug gegenseitige Wünsche vor, sprach über gemeinsame Ziele und verschwieg nicht unterschiedliche Auffassungen. Einhellige Meinung der Teilnehmer: Es besteht ein akuter Mangel an wechselseitiger Information. Das Gespräch habe aber wesentlich zur Klimaverbesserung beigetragen und damit eine Basis geschaffen für folgende Begegnungen. Als Fazit der Diskussion hat sich zudem die Wählbarkeit der Sozialdemokraten für die österreichischen Katholiken erwiesen. Die dem Wiener Kardinal König nahestehende Wochenzeitung "Die Furche" kommentierte dazu: "Die Möglichkeit der Christen, in mehreren Parteien aktiv zu werden, wird dazu beitragen, echte Konkurrenzverhältnisse zwischen den Parteien und damit eine Grundvoraussetzung für eine funktionierende Demokratie zu schaffen."

Seit der aufsehen erregenden Seggauer Rede des Wiener Kardinals vom 12. Mai 1964 fehlt dem politischen Katholizismus Österreichs die Rückendeckung der Kirche. Mindestens seit drei Jahren besteht die erklärte Distanz zu den politischen Parteien (König in Seggau: "Die Kirche kann sich nicht in ein parteipolitisches Freund-Feind-Verhältnis hineinziehen lassen, ohne selbst schwersten Schaden zu erleiden"). Entsprechend ist auch im Katholizismus an der Donau die Meinungsvielfalt zum Durchbruch gekommen. Die Begegnung in St. Pölten ist daher für österreichische Verhältnisse keineswegs so sensationell wie sie in Deutschland immer noch wäre. Informierte Beobachter führen das auf die in der Bundesrepublik nach wie vor fehlende Neutralitätserklärung

der Kirchengspitze zurück.

Hier nämlich wird vom CDU-Katholizismus seit drei Jahren emsig mit Kardinal Döpfners Predigt vom 30. April 1964 im Münchner Dom argumentiert, daß die "Brücke über den Abgrund, der Kirche und Sozialismus seit je getrennt hat, noch nicht befahrbar ist." Erst am 12. November 67 berief sich Monsignore Alfred Berchtold, der Rektor des Katholischen Sozialinstituts Hohenaschau im Chiemgau, in der katholischen Wochenschrift "Echo der Zeit" erneut auf Döpfner und resümierte, daß die SPD trotz Goëesberg für Katholiken nicht wählbar sei.

Stark beachtet wurde in St. Pölten vor allem der von Kathpress-Chefredakteur Barta vorgetragene Katalog gegenseitiger Erwartungen. Die Sozialdemokraten können laut Barta, der eng mit Kardinal König zusammenarbeitet, von der Kirche erwarten, daß sie nicht in den politischen Tageskampf eingreift, daß sie den Gläubigen keine politische Überzeugung vorschreibt und daß sie mit ihnen, den Sozialdemokraten spricht. Auch könnten die Sozialdemokraten Toleranz im Sinne von Achtung verlangen ("Wenn Sie Anzeichen von Intoleranz spüren, wenn Sie glauben, daß in der Kirche Parteipolitik zu machen versucht wird dann sagen Sie es laut").

Umgekehrt müßte die SPÖ den Christen mehr Raum zum politischen Engagement geben. Barta: "Wenn Sie nicht wollen, daß das politische Handeln der Christen nur in einer Partei erfolgt, und viele von uns wollen das auch nicht, dann müssen Sie den Christen in ihrer Partei mehr Spielraum geben." Die Kirche erwarte von der SPÖ zudem zwar die Achtung vor dem Andersdenkenden, aber kein Glaubensbekenntnis, kein Schuldbekenntnis, kein "religiöses Getue" und keine "pseudoreligiösen Phrasen."

Die Brücke zwischen Kirche und Sozialdemokratie, die an Rhein und Isar angeblich nicht befahrbar ist, scheint an der Donau fest zu tragen. Jedenfalls war in keinem Referat in St. Pölten von einem nicht überbrückten Abgrund die Rede. Niemand zweifelte an der Wählbarkeit der SPÖ durch die Katholiken und keiner verlangte von den Sozialdemokraten, ihr Programm mit "letzten Wahrheiten" zu begründen. Man anerkannte die Aufgaben der Kirche, man konzidierte der Sozialdemokratie kirchlicherseits Beachtliches. Der Jesuit Richter: "Es gibt nicht wenig Katholiken, die dem Sozialismus ehrlich zugestehen, daß er oft gesellschaftliche Probleme schneller und klarer erfaßt, daß er mit Recht die Auffassung vertritt, es ginge um den Bau einer neuen Gesellschaft."